

Neue

**Freie**  
Zeitung

Nr. 47 · Donnerstag, 24. November 2016

€ 0,80

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/2a,  
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · E-Mail: Redaktion:  
redaktion.nfz@fpoe.at · Fax: 01 512 35 35 9  
www.fpoe.at P. B. 62 02 203 2878 W

## Weitere Schulsperren im ländlichen Raum

Dem „Sparstift“ der rot-schwarzen „Zukunftspartnerschaft“ in der Steiermark sollen heuer neun weitere Volksschulen im Bundesland zum Opfer fallen. Die steierische FPÖ fordert ein Ende „dieser Ausdünnungspolitik des ländlichen Raums“ und Förderungen statt Schließungen.

S. 13



Foto: NFZ

# Mehr Kriminalität durch Asylwerber

Bereits bis August mehr Straftaten „Schutzbedürftiger“ als im gesamten Vorjahr S. 2/3



## FPÖ feiert 10 Jahre Klubobmann HC Strache

Erinnerungen zum Aufstieg vom Kleinstklub zur größten Oppositionspartei – S. 7

### SCHWERPUNKT

#### Migration hinnehmen?

Wie verantwortungsvoll oder verantwortungslos agieren Europas Politiker gegenüber der Massenzuwanderung? Diese Frage beschäftigte ein Symposium des Freiheitlichen Bildungswerkes mit Tschechiens Alt-Präsident Václav Klaus als Ehrengast. S. 4/5

### PARLAMENT

#### Alte Budgettrickserei

Bereits bei der Generaldebatte zum Start der Budgetwoche im Nationalrat offenbarte sich das gewohnte Bild. Keinen „New Deal“ sondern einmal mehr rot-schwarzen Zahlentricksereien machte FPÖ-Klubobmann HC Strache im Budget 2017 aus. S. 6

### AUSSENPOLITIK

#### Merkel zur Vierten

Angela Merkel ist die einzige Kandidatin für den Vorsitz der CDU und geht damit zum vierten Mal als Spitzenkandidatin in die Bundestagswahl 2016. Die CDU fügt sich aus Alternativlosigkeit, die „Alternative für Deutschland“ jubelt über diese Wählervertreibung. S. 8/9

### WIEN

#### Roter Erbschaftsstreit

Seit den Verlusten bei der letztjährigen Gemeinderatswahl brodelt es bei den Genossen in Wien. Personalentscheidungen wurden jetzt erneut vertagt. FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus fordert die SPÖ auf, endlich zu arbeiten, statt nur zu streiten. S. 11



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die „Bereicherung“ durch die Massenzuwanderung bekommen nach der Asyl- und Abschiebeverhinderungsindustrie jetzt auch Exekutive und Justiz zu spüren.

Demgegenüber wird der Wohlstand der Österreicher nächstes Jahr weiter sinken, da Rot und Schwarz ihnen weitere offizielle Schulden in Höhe von 4.300 Millionen Euro aufhalsen, großteils „Integrationsinvestitionen“.

Das ist der Preis, den unsere EU-Eliten ihren Bürgern zumuten, um ihre „Multikulti-Fantasien“ doch noch realisieren zu können, bemerkte der tschechische Alt-Präsident Vaclav Klaus bei seinem Auftritt in Wien.

## Diversiviziert

Dass diese neudeutsch bezeichnete „Diversity“-Politik, also das Zusammenleben von Menschen aus verschiedensten Kulturen im „neuen Europa“, positive Effekte habe, bezweifelt nicht nur Klaus.

Wer dem gerne getätigten Einwurf, dass Europa ein paar Millionen muslimischer Flüchtlinge wohl vertragen könne, Glauben schenkt, dem sei eine Reise in die Außenbezirke französischer Großstädte oder nach Luton oder Blackburn in England angeraten. Wer es billiger haben will, braucht auch nur in Wien oder Linz in die Viertel gehen, die von Zuwanderern aus der Türkei bevorzugt werden. Integration, nein danke.

In Deutschland wächst die Zahl der Scharia-Gerichte als Paralleljustiz für die muslimischen Zuwanderer. Dort noch inoffiziell, in Großbritannien für gewisse Rechtssachen schon offiziell. Wohl gemerkt für innermuslimische Probleme. Für Nichtmuslime sind viele Stadtteile bereits „Nogo-Areas“, also Sperrgebiete im eigenen Land.

# Asylwerberkriminalität steigt

Von Jänner bis August wurden bereits 14.811 Straftaten von Asylwerbern

Was der aufmerksame Zeitungsleser längst vermutet hat, wurde vom Innenministerium jetzt bestätigt: Die Kriminalität von Asylwerbern ist heuer geradezu explodiert. Das Ministerium kündigte daraufhin – einmal mehr – an, dass verurteilte Asylwerber künftig den Anspruch auf Asyl verlieren und abgeschoben werden sollen.

Der Anstieg der Asylwerberkriminalität kommt nicht von ungefähr. Schienen Asylwerber in der Kriminalitätsstatistik 2011 als für 7.666 Straftaten verantwortlich auf, so kam es im Vorjahr mit 14.204 Straftaten bereits zu fast einer Verdoppelung dieser Zahl. Und das Bundeskriminalamt (BK) warnte bereits Ende 2015 vor einem weiteren, gravierenden Anstieg aufgrund der Einwanderungswelle des Vorjahres.

## Warnung des BK vergessen?

Diese Warnung hat jetzt ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage bestätigt. Die Polizei ermittelte zwischen Jänner und August dieses Jahres bereits zu 14.811 Straftaten Asylwerber als Verantwortliche.

Laut den Zahlen des Innenministeriums kommen etwa Syrer weniger mit dem Gesetz in Konflikt, während Afghanen, Algerier, Marokkaner und Nigerianer die Liste der Strafanzeigen gegen Asylwerber anführen.

Bedeutend höher ist die Zahl der Anzeigen gegen Asylwerber: Hier registrierte das Innenministerium bis August bereits rund 72.000. Führend in der Liste sind Afghanen

mit 9.815 Anzeigen, gefolgt von Tschetschenen mit 9.536, Algeriern mit 7.940 sowie Marokkaner mit 6.450 Anzeigen.

## Sobotkas neue Versprechungen

Innenminister Sobotka kündigte erneut Änderungen in der österreichischen Rückführungspolitik an. Sein Sprecher Karl-Heinz Grundböck erklärte: „Wird eine im Asylverfahren befindliche Person nach dem Strafrecht verurteilt, kann das zum Ausschließungsgrund des Asylverfahrens beziehungsweise zur Aberkennung des Asylstatus führen.“

Weil dazu bisher nach dem Strafprozess ein Verwaltungsverfahren angestrebt werden musste, soll dieses Verfahren künftig in das Strafverfahren einfließen. Dadurch würde der Verwaltungsaufwand geringer, und die Rückführung könnte schneller eingeleitet werden. Ernüchternde Anmerkung Grundböcks: Zurzeit wird mit dem Justizministerium über das Thema diskutiert. Und gerade einmal 400 Aberkennungs-Verfahren des Asylstatus beschäftigen derzeit die Behörden.

Obskur die Reaktion aus der „Willkommenskultur“ zu dieser neuen Statistik. Christoph Riedl,



Foto: Franz M. Heiss

Die „Willkommenskultur“ ist bei der Polizei ein Anzeichen gegen Asylwerber und bei m

Asylexperte in der evangelischen Diakonie: „Nur weil die Strafanzeigen steigen, heißt das nicht, dass die Asylwerber krimineller wurden.“ Das widerlegt allerdings die Statistik des Innenministeriums. Die Zahl der registrierten Asylwerber hat sich nämlich im Vergleichszeitraum um 10.000 verringert.

## Nichts geht mehr – nichts passiert

Die Asylschwemme verursacht auch der Justiz erhebliche Probleme. Laut Tätigkeitsbericht des Bundesverwaltungsgerichts kam es von Februar 2015 bis Jänner 2016



SPITZE FEDER EU-Wahlwerberzuwachs bei Van der Bellen.

**IMPRESSUM** Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz  
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien  
Geschäftsführung: Herbert Kickl  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9  
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29  
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien  
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73  
BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien  
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# gt enorm an

verübt, mehr als im gesamten Vorjahr



Polizei angekommen: Von Jänner bis August 2016 gab es rund 72.000 mehr als 14.000 Straftaten wurden Asylwerber als Verdächtige ermittelt.

zu einer Steigerung der Fälle aus dem Fremdenwesen und Asyl um 30 Prozent. Beim Verwaltungsgerichtshof ist die Zahl der Beschwerden von Asylwerbern erheblich – von rund 1.000 auf 1.360 – gestiegen. Und beim Verfassungsgerichtshof machten 2015 die neu eingelangten Beschwerden aus Asylrechtssachen mit 1.560 Fällen 44 Prozent des Neuzugangs aus.

Für FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache stelle diese Entwicklung den „fahrlässigen Umgang der Koalition mit der Sicherheit der Österreicher“ einmal mehr un-

ter Beweis. Die Ankündigung Sobotkas wertete der FPÖ-Bundesparteiobmann als „bestensfalls fortgesetzte Vertröstung“ der Österreicher: „Seit wann reden Sobotka und ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz von der Notwendigkeit, kriminelle Asylwerber oder Asylanten abschieben zu wollen? Solange der Außenminister keine Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern dieser Kriminellen zustandebringt, können sich diese beiden Herrschaften ihre Placebo-Wortspenden zum Thema Sicherheit sparen!“

## AUFSTEIGER



Der polnische Innenminister **Mariusz Blaszczak**, der den Vorschlag der „Visegrad“-Gruppe präsentierte, Zentren zur Hilfe für Flüchtlinge außerhalb der EU zu installieren, und zwar in den Flüchtlingslagern im Libanon und in Jordanien.

## ABSTEIGER



Die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, die die rund 50 Milliarden Euro Mehrausgaben für Flüchtlinge bis Jahresende als „gut investiertes Geld“ bezeichnete und an ihrer „Willkommenspolitik“ festhalten will.

## KURZ UND BÜNDIG



### Netz der Abhängigkeiten

„Mit der Empfehlung wird einmal mehr deutlich, dass ein Präsident Van der Bellen de facto null Handlungsspielraum haben würde, sondern in einem Netz der Abhängigkeiten der selbsternannten politischen Eliten gefangen ist“, so FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl (Bild) als Reaktion zur Wahlempfehlung Van der Bellen von Karas, Ikrath & Co. Norbert Hofer verfüge - im Gegensatz zu seinem Kontrahenten - über das notwendige Augenmaß dafür, was im Interesse der Menschen in Österreich und Europa liege.

### Nein zur Erdogan-Türkei!

„Die laut Medienberichten stattfindende erneute Verhaftungswelle gegenüber Wissenschaftlern erfordert eine klare Haltung Europas gegenüber der Türkei und den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen“, forderte der freiheitliche Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer (Bild). Die rote Linie sei angesichts der massiven Verletzungen von Grund- und Freiheitsrechten längst überschritten. „Die im Raum stehende Einführung der Todesstrafe wäre dann ein allerletzter Tiefpunkt“, so Hofer.



### Wahlfreiheit für Mütter

Für die Bundesobfrau der IFF, Carmen Schimanek, sind die Lohn- und Pensionschere, neben einer echten Wahlfreiheit für Mütter, die brennendsten Fragen in der Frauenpolitik. „Wenn wir nicht ehrlich an das Problem herangehen und mit richtigen Daten operieren, ist es unmöglich, die Ursachen der Gehaltsschere zu erörtern und diese effektiv zu bekämpfen“, so Schimanek. Einmal mehr bekräftigte die IFF-Obfrau auch ihre Forderung nach Wahlfreiheit für Mütter. Es gebe mittlerweile viele verschiedene Lebensmodelle, denen aber nicht Rechnung getragen werde.



**BILD DER WOCHE** Virusalarm: Die Parlamentsdirektion warnte vor „verseuchten“ USB-Sticks des Finanzministeriums mit den Budgetzahlen.

## „Europa braucht diese Migranten nicht!“

Der ehemalige tschechische Minister- und Staatspräsident Václav Klaus erläutert im NFZ-Interview seine Kritik an der Europäischen Union und an der Einwanderungspolitik. Angesichts von 23 Millionen Arbeitslosen ist diese Migration durch nichts zu rechtfertigen.

Herr Klaus, Sie gelten als die institutionalisierte Kritik an der EU. Sie haben sowohl den Euro, die Wirtschaftspolitik, die EU-Institutionen und zuletzt die Zuwanderungspolitik kritisiert. Um mit den Worten des Herrn Martin Schulz zu sprechen, sind Sie ein Rechtspopulist oder gar der Anti-Europäer?

**Klaus:** Das Wort Rechtspopulist oder sogar Populist akzeptiere ich nicht. Nicht nur für mich, sondern das akzeptiere ich überhaupt nicht. Das ist eine Etikette, die diese Leute wie Herr Schulz benutzen, wenn sie keine Argumente haben.

Dann benutzen sie das Wort Populismus oder Rechtspopulismus.

Was hätten Sie vorgeschlagen zur Bewältigung der Finanzkrise und anderer Probleme?

**Klaus:** Die EU hat, sage ich immer, einen Geburtsfehler, einen Geburtsdefekt. Die EU braucht eine radikale Umgestaltung, eine radikale Wende. Das ist wie im Kommunismus. Die Leute vor 40, 50 Jahren haben immer gefragt: Was sollen wir ändern? Die Antwort war: nichts. Das geht nicht. Man muss das ganze System wechseln, zu diesen radikalen Änderungen, die vor 25 Jahren und vor fast zehn Jahre gemacht worden sind, zurückgehen –

„Die EU braucht eine radikale Umgestaltung, eine radikale Wende.“

also Maastricht- und Lissabon-Vertrag – und dort müssen wir etwas ändern.

In Ihrem neuen Buch „Völkerwanderung“ werfen Sie den Befürwortern der Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum vor, dass sie ein neues Europa schaffen und das alte Europa zerstören wollen.

**Klaus:** Ich benütze dort als eine Hilfe die ökonomische Terminologie: Angebot und Nachfrage. Und

das ist wirklich produktiv meiner Meinung nach. Wenn man über Massenmigration spricht, muss

man immer die Angebotsseite diskutieren und die Nachfrageseite. Wenn man nur über die Migration spricht, hilft das nicht.

Aber die Nachfrage in Europa mit seinen Millionen Arbeitslosen ist eigentlich nicht gegeben.

**Klaus:** Wie Sie sagen, haben wir in Europa derzeit 23 Millionen Arbeitslose. Das sind fast zehn Prozent aller Werktätigen. Das ist genug. Wir brauchen keine anderen Arbeitskräfte, wir brauchen diese Migranten nicht als Arbeitskräfte.

Die FPÖ überlegt im Fall eine Regierungsbeteiligung einen Beitritt zur Visegrad-Gruppe. Sehen Sie dazu eine Möglichkeit oder gibt es da Ressentiments aus der Vergangenheit?

**Klaus:** Nein, Österreich ist ohne Zweifel ein mitteleuropäisches

Land. Österreich sollte meiner Meinung nach das auch so akzeptieren. Österreich konnte nie sagen, dass es nicht zu einem Mitteleuropa der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polens und Ungarns gehört, dass Österreich etwas anderes sei.



Die „Willkommenskultur“ will eine Unterwerfung Europas unter die Masse

## Keine Kapitulation

Tschechiens Alt-Präsident Václav Klaus warnt vor

Massenmigration nach Europa – Politik zwischen Verantwortung und Verantwortungslosigkeit“ lautete der Titel einer gemeinsamen Veranstaltung des FPÖ-Bildungsinstituts und des Liberalen Klubs. Als prominenter Redner trat neben HC Strache und Norbert Hofer der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus auf.

Wie verantwortungsvoll oder verantwortungslos agieren Europas Politiker gegenüber der Massenzuwanderung? Welche Auswirkungen auf Europa und die einzelnen Nationen wird dieser Zuzug von Menschen aus einem völlig anderen Kulturkreis, mit anderen Sitten, Werten und einer anderen Religion haben? Diese Fragen versuchte das Symposium im Wiener Kursalon Hübner zu beantworten.

### Kapitulation vor der Migration?

„Es ist für mich hochmotivierend, mit diesen zwei Männern, die die Vernunft und den Mut des heutigen Österreich darstellen, heute Abend hier sein zu können“, eröffnete Klaus seine Rede, in deren Folge er die „Flüchtlingskrise“ als Völkerwanderung nach Europa, „eine Bedrohung für die Freiheit und die Demokratie“ bezeichnete. Nur dass diese nicht von den Migranten, sondern von Politikern der EU, angeführt von Deutschland, ausgelöst worden sei.

„Sie haben die Migranten schon seit langer Zeit mit ihrer generösen Sozialpolitik eingeladen. Nur deshalb sind diese Migranten jetzt da“, kritisierte Klaus die „Multikulti“-Ideologie in Brüssel und Berlin. Diese Motivation sei eine falsche Ideologie. Diesen Glauben an die „Effekte der unbegrenzten Verschiedenheit der Menschen“, an die vollkommen positiven und bereichernden Einwirkungen der Migranten, ihrer Ideen oder ihrer Religion sollten „wir nie akzeptieren, nicht wir Tschechen, nicht Sie als Österreicher“.

### Gesteuerte Umgestaltung

Der tschechische Alt-Präsident warnte davor, dass die Fortsetzung der Massenmigration Europa auch ganz ohne Terrorismus zerstören werde. Aber das sei im Sinne der „Willkommenskultur“, die eine Fortsetzung der „durchgehenden Umgestaltung der europäischen Gesellschaft, der europäischen Kultur, ihrer Traditionen und





enzuwanderung, um ihren Multikulti-Traum in ganz Europa doch noch realisieren zu können.

# vor dieser Migrationswelle

## der gesteuerten Umgestaltung Europas durch die Masseneinwanderung

Werte“ darstelle. Er zitierte dazu aus einem Essay des italienischen Schriftstellers Umberto Eco, in dem dieser das bereits vor 26 Jahren beschrieb: „Die Migration wird die ethnische Umgestaltung der europäischen Länder, die unvorstellbare Änderung der Sitten und des Benehmens, eine unaufhaltsame Hybridisierung der Menschen als Folge haben.“

Die europäischen Eliten würden diese Migration als Instrument zu dieser Umgestaltung Europas benutzen. Verursacht worden sei die Krise durch deutsche Politiker,

kritisierte Klaus. Konkret nannte er die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, aber auch das EU-Führungspersonal Martin Schulz und Jean-Claude Juncker. Dagegen gelte es aufzustehen, betonte Klaus und appellierte an die Zuhörer: „Die Kapitulation vor der Migration sollten wir nicht akzeptieren!“

### Schutzlose EU-Außengrenzen

FPÖ-Obmann HC Strache erneuerte seine Kritik an der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die er wegen ihrer verantwortungslosen Einladungspolitik als „gefährlich“ be-

zeichnete. Viele Flüchtlinge wären auch nicht nach Europa geflohen, wenn man sie in den Herkunftsländern in sicheren UN-Lagern betreut hätte, betonte HC Strache. Aber die EU sei bis heute nicht willens, ihre Außengrenzen zu schützen. Daher seien unzählige Menschen - vor allem wehrfähige junge Männer - nach Europa gereist, um sich hier ihre Destination auszusuchen.

Als lobende Ausnahmen erwähnte er allerdings Politiker Osteuropas, wie etwa den anwesenden Klaus oder den ungarischen Premierminister Viktor Orbán.

Der freiheitliche Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer kritisierte seinerseits, dass die „Flüchtlingskrise“ schon lange vor ihrem Ausbruch absehbar gewesen sei: „Das österreichische Innenministerium ist gewarnt gewesen. Österreich hätte mit jenen Staaten, die auf dem Weg der Flüchtlinge liegen, in Kontakt treten müssen.“

Aber stattdessen habe man im letzten Jahr unzählige Flüchtlinge unkontrolliert durch Österreich geschickt. Die Bundesregierung habe damit einen Gesetzesbruch begangen, für den Hofer - wäre er damals Bundespräsident gewesen - die Regierung entlassen hätte.



POLITIK  
ANALYSIERT

HC Strache  
FPÖ-Bundesparteiobmann

Die Grundfrage, die wir uns seit dem Vorjahr stellen müssen, lautet: Wie können wir den beängstigenden Entwicklungen der Massenzuwanderung, die unsere gemeinsame Kultur und Lebensweise so massiv bedrohen, wirksam und dauerhaft gegensteuern?

### Korrektiv zu Merkel

Dieses Thema bewegt uns Freiheitliche besonders, haben wir uns in den letzten Jahren doch erfolgreich als politische Kraft positioniert, die Freiheit, Sicherheit und Frieden zu Leitlinien und zum Maßstab ihres Handelns erhoben hat.

Umso unverständlicher ist daher das Festhalten der deutschen Bundeskanzlerin - und unserer rot-schwarzen Regierungsspitze - an ihrem „Wir schaffen das“-Mantel. Damit beweisen Angela Merkel, Christian Kern und Reinhold Mitterlehner, dass für sie der Grundsatz „Das Recht geht vom Volk aus“ nur eine leere Worthülse ist.

Wir Freiheitliche haben mit unseren Warnungen, die unsere politischen Gegner als „Panikmache und Hetze“ abqualifizierten, die Hoffnung verbunden, dass die etablierte Politik in Europa endlich aufwacht und sich diesen dramatischen Herausforderungen entschlossen stellen wird.

Die Hoffnung wurde und wird noch immer enttäuscht. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir mit unserer Politik in den Nachbarländern Gehör finden und von angesehenen Politikern wie Vaclav Klaus unterstützt werden.

Wenn nun Angela Merkel 2017 erneut Kanzlerin werden will, ist es umso wichtiger, dass wir Österreicher ihr am 4. Dezember mit unserem Norbert Hofer als Bundespräsidenten ein wichtiges Korrektiv entgegenhalten.



Mit Extra-Applaus wurde FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer empfangen, für den Václav Klaus eine Wahlempfehlung aussprach.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Nach Donald Trumps Wahlerfolg ist in Österreich eine sinnlose Debatte darüber ausgebrochen, wer denn nun Teil jenes „Establishments“ sei, das es abzuwählen gelte. Keiner will mehr dazu gehören, aber manche haben schon HC Strache, Herbert Kickl und Norbert Hofer – weil Berufspolitiker und Teil der Macht – darin ausgemacht.

## Nicht-Establishment

Genau das ist aber der entscheidende Punkt, den die Umdeuter des Begriffes übersehen haben: die FPÖ ist in der Opposition. Sie ist keine Machthaberin, sondern Kontrollpartei. Auch in der Wirtschaft und in den Medien übt die FPÖ keine Macht aus. Im Gegenteil: All diese Lebensbereiche sind wider die FPÖ gleichgeschaltet, wie Haselsteiner, Fischler, Karas und Ederer beweisen.

Tatsächlich erkennt man das Establishment daran, dass es einen kleinen Teil der Gesellschaft gibt, der die Entscheidungen trifft, und einen anderen, größeren Teil, der diese Entscheidungen zu erdulden hat: EU-Fanatismus, Völkerwanderung, Bevorzugung des Fremden vor dem Eigenen.

Das alles sind Entscheidungen, die die FPÖ oder Wähler niemals getroffen haben, sehr wohl aber erdulden müssen.

Wo die FPÖ in Regierungsverantwortung ist, in Oberösterreich oder im Burgenland, dort ist ihr dieser Schritt gelungen. Sie stellt Regierungsmitglieder auf Landesebene nicht, weil sie Teil des „Establishments“ ist, sondern weil sie glaubhaft vermittelt, diese Schicht der Machthaberer aufbrechen zu wollen. Das spüren die Menschen, weshalb der Umdeutungsversuch ins Leere geht.

## SOZIALPOLITIK

### EU-Vorgabe für Binnenschifffahrt

Das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz müssen an neue EU-Vorgaben angepasst werden. Ein von der Regierung nun dazu vorgelegter Gesetzesentwurf kommt diesen bei der Binnenschifffahrt sowie für den Bereich des Straßenverkehrs, wo eine vierte Strafkategorie bei schwersten Übertretungen gegen EU-Sozialvorschriften eingeführt wird, und einer weiteren Sonderregelung bei den Ruhezeiten für gut ausgestattete Tourneebusse nach.



## SOZIALPOLITIK

### Rehabilitation

Um den Grundsatz „Rehabilitation vor Invalidität“ effektiver zu gestalten, wird mit einer Gesetzesnovelle ein Rechtsanspruch auf Umschulungen für Personen eingeführt, die aufgrund ihres Gesundheitszustands die Voraussetzungen für eine Invaliditätspension erfüllen oder denen Berufsunfähigkeit droht.

# Statt „New Deal“ weiter nur alte Budgettrickserei

## FPÖ startet in Budgetwoche mit Generalangriff auf Koalition

Der Nationalrat startete mit der Generaldebatte zum Budgetentwurf 2017 in seine Sitzungswoche. Und die begann mit heftiger Kritik an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling.

„Die Regierung kündigt seit Jahren an, die Kalte Progression abzuschaffen, es geschieht aber nicht“, kritisierte FPÖ-Klubobmann HC Strache und betonte, wie dringend die Menschen mehr Kaufkraft bräuchten. Für den Finanzminister habe bei der Steuerreform aber die Registrierkassenpflicht Priorität gehabt, kritisierte der FPÖ-Klubobmann.

Als völlig ungenügend erachtete er die Einmalzahlung an die Pensionisten, jene Generation, die Österreich wieder aufgebaut habe.



„Herr der versteckten Zahlen“: ÖVP-Finanzminister Schelling.

### Versteckte Asylkosten

HC Strache warf der Regierung „Tarnen, Täuschen und Tricksen vor“ und vermisste Kostenwahrheit bei den Einwanderungskosten, die

in vielen Ressorts versteckt würden: „Angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit kann Österreich nicht länger das Sozialamt für Menschen aus aller Herren Länder sein.“

## FPÖ will ORF-Gebührenwucher zähmen

Die FPÖ hat am vergangenen Dienstag einen Antrag im Parlament eingebracht, damit eine Änderung des Programmgebührens



des ORF nur noch vom Parlament beschlossen werden kann. Bisher reicht dazu eine Genehmigung des ORF-Stiftungsrates auf Antrag des ORF-Generaldirektors.

Anlass für den ORF-Antrag ist eine bevorstehende Gebührenerhöhung. Und das, obwohl der ORF für heuer Einnahmen aus dem Programmgebühren von 600 Millionen Euro und rund 225 Millionen aus der Werbung erwartet. Das Budget entspricht dem 20- bis 30-fachen eines im Land tätigen Privatsenders.

Der FPÖ-Abgeordnete Johannes Hübner begründete den FPÖ-Antrag damit, dass der ORF schon

lange nicht den öffentlich-rechtlichen Auftrag erfülle, sondern ein Massenprogramm finanziere, wofür es keine gesetzliche Grundlage gebe: „Das Gesetz sieht vor, dass dieses Entgelt nur insoweit eingehoben werden darf, um die Nettokosten des öffentlichen-rechtlichen Auftrags abzüglich der Einkommen aus kommerzieller Tätigkeit zu bedecken.“

Öffentliche Mittel müssten rechtsstaatlich und demokratisch verteilt werden, forderte Hübner. Es könne nicht die Lösung sein, mehr Steuern einzusammeln, nur damit der ORF nicht sparen muss.

# FPÖ feiert 10 Jahre Klubobmann HC Strache

## Ein Festakt im Parlament mit Erinnerungen und Anekdoten zum Start der Ära HC Straches



Andreas Mölzer präsentierte seine von ihm herausgegebene Festschrift zu HC Straches Jubiläum.

Die FPÖ feierte das zehnjährige Jubiläum der Obmannschaft HC Straches im Nationalratsklub am vergangenen Montagabend im Parlament. „So erfolgreich wie heute waren wir in der Geschichte der Freiheitlichen Partei noch nie zuvor“, freute sich HC Strache im Rückblick vor rund 180 Gästen. Darunter die Wegbegleiter des Parteichefs, die aktuellen FPÖ-Abgeordneten, die Klubchefs von ÖVP und Team Stronach (Reinhold Lopatka und Robert Lugar) sowie der

Zweite Nationalratspräsident Karl-Heinz Kopf.

Klubdirektor Norbert Nemeth und FPÖ-Bundespräsidenten-kandidat Norbert Hofer zeichneten einen mitunter sehr humorvollen Abriss über diese Zeit. Hofer schloss seine Rede in Hinblick auf die Wahl am 4. Dezember mit den Worten: „Ich werde vielleicht nicht mehr dein politischer Mitsstreiter sein, aber eines verspreche ich dir: Ich werde mein Leben lang dein Freund sein.“



Klubdirektor Norbert Nemeth verglich in seiner Rede die Anfangszeit des Parlamentsklubs mit einer Antarktis-Expedition.



Zwei Freunde von Anbeginn: Norbert Hofer und HC Strache (Bild oben) und Weggefährten im Kreis der Gratulanten: Peter Fichtenbauer, Herbert Kickl, Norbert Nemeth und Elmar Podgorschek (Bild unten, von links).



Unter den Ehrengästen die ÖVP-Delegation, der TS-Klubchef und die beiden FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner und Johann Tschürtz.



Die „Herzensdamen“ des Menschen HC Strache: Seine Mutter Marion, die am Feiertag ihres Sohnes ihren Geburtstag – der natürlich mitgefeiert wurde – beging, und seine Ehefrau Philippa.



Harald Vilimsky

## Merkels „postdeutsches Deutschland“

Nun tritt Angela Merkel also zum vierten Mal als Kanzlerkandidatin an. Man kann, ja man muss das als eine Art gefährliche Drohung auffassen. Die Gesellschaft sei stark polarisiert, sie wolle für ihren Zusammenhalt arbeiten, so Merkel in ihrer Begründung. Dabei war es gerade sie, die mit ihrer Politik der Entgrenzung wie kaum ein anderer zu dieser Polarisierung beigetragen hat.

Sie erst hat die Masseneinwanderung ausgelöst und gefördert, die nicht nur Deutschland mas-

siv erschüttert, sondern ganz Europa. Sie erst hat mit ihrer sturen Ignoranz geltender Regeln das Vertrauen in den Rechtsstaat bei vielen Menschen in den Keller sinken lassen. Und sie erst macht immer wieder klar, dass ihr Deutschland und die Deutschen herzlich egal sind. Mindestens jene, die Massenzuwanderung aus primär islamischen Kulturen völlig zu Recht als Problem und Bedrohung empfinden, statt als von Medien und „Intellektuellen“ verordnete Bereicherung.

Deutschland ist zu Ende der dritten Amtszeit Merkels in einen Prozess der Selbstverleugnung und Selbstabschaffung eingetreten, der anderswo so kaum denkbar wäre. Aber bevor Merkel ihr Ziel eines „postdeutschen Deutschlands“ in einer vierten Amtszeit weiter vorantreiben kann, muss sie erst noch gewählt werden.

Sie und ihre Politik sind dabei keineswegs so alternativlos, wie Merkel das selbst gern darstellt.

## Athen: Weiterhin Unruhen in den Flüchtlingslagern

Auf der griechischen Insel Chios ist es vergangene Woche zu einer „Höllennacht“ mit Massenausbreitungen zwischen „Flüchtlings-“ und Einheimischen gekommen, berichtete die griechische Onlinezeitung „Ta Nea“. Migranten seien in ein Feuerwerksgeschäft eingedrungen und hätten mit der gestohlenen Pyrotechnik zunächst Teile des Flüchtlingslagers Souda in Brand gesetzt. Später haben sie dann Feuerwerkskörper auf Wohnhäuser Einheimischer abgefeuert und dann die fliehenden Menschen selbst damit beworfen.

Laut Informationen von Augenzeugen verfügten die Randalierer auch über Taser, wobei unklar ist, wie diese in ihren Besitz gelangt waren. Die Ausschreitungen auf der Insel dauerten stundenlang an, und es bedurfte erst des Eingreifens der Aufstandspolizei, um die Ordnung wieder herzustellen.

In den sogenannten „Hotspots“ auf den Ägäischen Inseln halten sich aktuell mehr als 14.000 Migranten

auf, Platz ist jedoch offiziell nur für höchstens 7.000. In diesen Erstaufnahmezentren sollte gemäß dem EU-Türkei-Abkommen der Asylantrag bearbeitet und die Migranten im Ablehnungsfall zurück in die Türkei geschickt werden. Doch das funktioniert aufgrund von zu wenig Personal und rechtlicher Hindernisse durch griechischen Asylgesetz nicht. Seit Inkrafttreten des Abkommens im März sind gerade einmal 643 Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschoben worden.



Brennende Unterkünfte auf Chios.

# Die Not zur Tugend Merkel bleibt CDU-

Mit dem Einwanderungschaos hat sich Merkel de



Angela Merkels Platz an der Spitze der CDU ist gesichert – mit ihrer „Willko für die Kanzlerkandidatur im kommenden Jahr bei der Bundestagswahl von

**D**ie CDU, oder besser deren Parteichefin Angela Merkel, hat sich zu einem Entschluss durchgerungen: Sie will noch einmal für den CDU-Vorsitz und das Kanzleramt kandidieren. Eine Entscheidung, die auch den – von Merkel herbeigeführten – personellen Engpass bei den deutschen Christdemokraten einmal mehr verdeutlicht.

„Mit Angela Merkel wird es nicht leicht werden, die Wahlen zu gewinnen. Aber ohne Angela Merkel wird es viel, viel schwieriger, wenn überhaupt möglich, die Wahlen zu gewinnen“, fasste Thüringens Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel wohl treffend die Stimmung in der CDU zusammen.

Die CDU wählt am 6. Dezember bei ihrem Bundesparteitag in Essen ihre neue, alte Parteispitze. Merkel ist seit April 2000 Parteivorsitzende und seit November 2005 Bundeskanzlerin. Sollte sie 2017 zum vierten Mal in dieses Amt gewählt werden, hat sie die Chance, länger zu regieren als CDU-Mitbegründer Konrad Adenauer, der 14 Jahre lang Kanzler war. Ob sie allerdings den Amtsrekord ihres Mentors Helmut Kohl, er war 16 Jahre im Amt, übertreffend wird, darf bezweifelt werden.

### Alternativlose Kandidatin

Denn die Unzufriedenheit an der Parteibasis wächst seit ihrem verhängnisvollen „Wir schaffen das!“ und der seither anhaltenden Mas-

senzuzwanderung nach Deutschland stetig an. Die vielen Milliarden, die jetzt für diese „Willkommenskultur“ ausgegeben werden müssen, hätten eigentlich den Steuerzahlern über eine Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode zurückgegeben werden sollen. Das Budget hätte das längst erlaubt, wenn Merkel eben nicht mit diesem Satz



Schwieriger hat es ihr Koalitionspartner dem mit EU-Parlamentspräsident Mar

# Merkel erklärt: Angela Merkel-Kanzlerkandidatin an Platz an Partei- und Regierungsspitze gesichert



„Immigrationspolitik“ hat sie sich lästige Konkurrenten um den Parteivorsitz und an Hals geschafft. Das war ein strategisches Meisterstück.

eine langjährige, massive Budgetbelastung ausgelöst hätte.

## AfD erfreut über Merkel

Daher hätte eine Gegenkandidatur für einige Hoffnungsträger der Partei vor der Bundestagswahl 2017 wohl wenig Sinn gemacht. Auch kann die CDU die prognostizierten Verluste bei der kommenden Wahl noch verkraften, wird sie doch unangefochten stärkste Partei bleiben.

Denn die Sozialdemokraten werden ihr Negativrekordergebnis bei der Bundestagswahl 2013 – damals

war der nunmehrige Bundespräsidentenkandidat Frank-Walter Steinmeier ihr Spitzenmann – erneut unterbieten. Zumal sich ein Zweikampf zwischen dem erfolglosen Noch-Parteichef Sigmar Gabriel und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ankündigt, der Steinmeier im Jänner als Außenminister beerben soll.

So gesehen kann sich einzig und allein die „Alternative für Deutschland“ (AfD) über die Entscheidung Merkels richtig freuen. Damit wird der Zustrom unzufriedener CDU-Wähler zur einzigen bürgerlichen Alternative zur CDU anhalten – genauso wie der aus der SPD, egal mit welchem Spitzenkandidaten die Sozialdemokraten in die Wahl gehen werden.

„Damit stellt sich die Politikerin zur Wiederwahl, die das milliardenteure und gefährliche Einwanderungschaos verursacht hat und unter deren Führung die Energiewende an die Wand gefahren wurde“, bemerkte die AfD-Vorsitzende Frauke Petry zu Merkels Entscheidung. Idealerweise hätte sie Martin Schulz gern als Spitzenkandidaten der SPD, da dieser „wie kein anderer Deutscher für das Scheitern der EU“ stehe: „Merkel und Schulz, das Traumdüo der großen Koalition zum Niedergang Deutschlands.“



er, SPD-Chef Sigmar Gabriel (4.v.l.),  
Martin Schulz ein Konkurrent droht.

## KURZ UND BÜNDIG

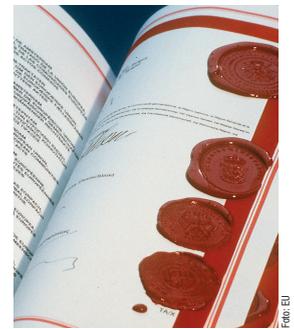


## Der „Kärcher“ scheitert

Frankreichs Ex-Präsident Nikolas Sarkozy (Bild) ist bei seinem neuerlichen Anlauf, als Präsident in den Elysée-Palast einzuziehen, gescheitert. Bei der Vorwahl der französischen Konservativen erreichte er vergangenen Sonntag hinter den früheren Premierministern Francois Fillon und Alain Juppé nur Platz drei. Sarkozy, der mit seiner Ankündigung als Innenminister, die Pariser Vorstädte wegen der ständigen Immigrantenumruhen „kärchern“ zu wollen, für Aufregung gesorgt hatte, räumte noch am Abend seine Niederlage ein und kündigte zugleich seinen endgültigen Rückzug aus der Politik an. Die Überraschungssieger Fillon und Juppé müssen nun in eine Stichwahl.

## Wozu gibt es Regeln?

„Wozu gibt es eigentlich Regeln, wenn sie ohnehin nicht eingehalten werden?“, kommentierte Harald Vilimsky, Delegationsleiter der FPÖ im Europaparlament und FPÖ-Generalsekretär, die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, die Dauer-Defizitsünder Spanien und Portugal nun doch nicht in die Pflicht zu nehmen. Die Defizitverfahren gegen Spanien und Portugal laufen seit 2009. Trotz aller Ermahnungen hätten diese Länder die EU-Vorgabe eines Defizits von maximal drei Prozent der Wirtschaftsleistung nicht eingehalten, betonte Vilimsky: „Damit wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt ad absurdum geführt.“



## Deutschlands Kosten für die Migration explodieren

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch fordert „ein Ende der geschönten Zahlen und vorgetäuschten Maßnahmen der Flüchtlings-Politik“. Auf dem Blog „Tichys Einblick“ rechnet er vor, was die Migration die Steuerzahler wirklich kostet: „50 Milliarden Euro. Das ist das Preisschild der Migrationskrise allein für das laufende und kommende Jahr (...). Genug Geld, um jedem der 870.000 Bafög-Empfänger 57.000 Euro in die Hand zu drücken, jedem der rund 500.000 Rentner mit Grundversicherung 100.000 Euro zu überweisen, jeder der 107 deutschen Universitäten das Budget um eine knappe halbe Milliarde zu erhöhen oder schlicht jedem der rund 43 Millionen Erwerbstätigen geleistete Steuern in Höhe von 1.162,79 Euro zurückzuzahlen.“

Und es zeichnen sich, so Willsch, auf der Ausgabenseite deutlich steigende Kosten für die „Willkommenspolitik“ von Kanzlerin Angela Merkel ab, weil ein Großteil der

Asylanträge aufgrund von Zeitverzug erst in diesem Jahr gestellt würde. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 331.226 Erstanträgen hat sich die Zahl der Asylanträge im laufenden Jahr 2016 nochmals um über 100 Prozent auf 693.758 Erstanträge verdoppelt. Und hinzu komme, dass weniger als die Hälfte der über 500.000 in Deutschland lebenden abgelehnten Asylwerber tatsächlich abschiebefähig sei, weil die Herkunftsstaaten ganz einfach die Rücknahme verweigern.



Asylkosten explodieren.

## TERMINE

TOP TV-TERMINE  
MIT NORBERT HOFER

Sonntag, 27. November

„Meine Wahl - Das Duell“ auf  
ATV (20:15 Uhr)

Donnerstag, 1. Dezember

„Wahl 16: Das Duell“ auf  
ORF 2 (20:15 Uhr)NORBERT HOFER  
BUNDESPRÄSIDENTNOVEMBER  
26 Bürgerstand der  
FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 26. November 2016, von 10.00 bis 12.00 Uhr zu ihrem Bürgerstand vor dem Einkaufszentrum Simmering (Simmeringer Hauptstraße 96a, 1110 Wien). Sprechen Sie mit den Funktionären der FPÖ Simmering.

NOVEMBER  
30 Stammtisch der  
FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 30. November 2016, zu ihrem Stammtisch in das Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.30 Uhr.

DEZEMBER  
7 Stammtisch der  
FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 7. Dezember 2016, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Thema: „Jahresrückblick aus Bezirksvertretung, Landtag und Nationalrat“. Beginn: 19.00 Uhr.

DEZEMBER  
12 Historischer Vortrag  
im Haus der Heimat

Der Neue Klub Wien lädt am Montag, dem 12. Dezember 2016, zum Vortrag von Univ.-Prof. Wilhelm Brauner zum Thema „Die Schlacht von Königgrätz und ihre Folgen“ ins Haus der Heimat (Steingasse 25, 1030 Wien). Beginn: 19.00 Uhr

## LESER AM WORT



## Gewissheit der Gefahr

Sie hat es getan. Angela Merkel verkündete kürzlich tatsächlich ihre Kandidatur für eine 4. Kanzlerschaft. Das offene Geheimnis ist jetzt also amtlich. Natürlich war das längst zu befürchten und nicht anders zu erwarten. Genau das ist aber auch das Erschreckende daran. Die Gewissheit der Gefahr, dass sie noch einmal zur Kanzlerin gewählt werden könnte, schwebt von nun an nicht nur über Deutschland, sondern auch über Europa. Sie hat viel mitzuverantworten und noch mehr alleinverantworten. Vor allem ihre Alleingänge, wie sie Europa vor immer mehr vollendete Tatsachen stellte, dadurch mehr und mehr unterdrückte und letztlich entzweite, sollten uns in nachhaltig schlechter Erinnerung bleiben.

Christian Stafflinger, Linz

gerl-Bande, ob Schauspieler und Künstler, ob ausgemusterte EU-Fanatiker und schließlich ein in die Jahre gekommener Industrieller, der sich jetzt mit Hofer-Hetz-Videos in Stellung bringt. Etwas haben sie gemeinsam. Sie unterstützen Stillstand und lehnen die Veränderung ihrer Futtertäfel ab. Deshalb wollen sie Norbert Hofer um jeden Preis verhindern. Der gute Professor wird nicht müde, sich als besseren Vertreter Österreichs zu präsentieren. Ganz schön kühn! Eine Verkleidung macht noch keinen Präsidenten. Und noch etwas Herr Professor, die Österreicher lassen sich von Ihnen und Ihren Freunden Österreich nicht wegnehmen.

Dagmar Leitner, Lieboch

## Völlig abgehoben

Der linke Flügel der SPÖ ist überzeugt, die einzig richtige Politik zu machen. Schuld sind immer die anderen, besonders die Kritiker. Die werden ausgegrenzt und in die rechte Ecke gestellt. Man ist so von sich überzeugt, dass der Kontakt zum Volk völlig verloren gegangen ist. Wichtig ist nur, dass genügend Versorgungsposten für „die Abwahl“ vorhanden sind. Daher wird jetzt wieder fest an der Postenrochade gearbeitet, denn trotz vieler „Zuckerln“ für das „neue“ Wählervolk gehen scharenweise die Wähler verloren. Man sieht, wie abgehoben viele Parteifunktionäre

sind und wie am Volk vorbeiregert wird. Es genügt nicht mehr, die Mitbewerber zu beschimpfen, sondern das Volk schaut immer mehr auf die Leistungen der Regierenden – aber sucht diese vergeblich.

Stephan Pestitschek, Strasshof



## Türkei-Sanktionen?

Wie eilig hatten es doch die europäischen Unfähigen und natürlich auch die österreichischen „Musterschüler“ mit den Sanktionen gegen Russland. Von den beiderseitigen wirtschaftlichen Auswirkungen haben weder die EU noch unsere „Regierungseliten“ den geringsten Schimmer. Es kommt aber scheinbar niemand auf die Idee, die Türkei zu sanktionieren. Oh pardon, das geht ja dank Frau Merkel gar nicht, die hat Europa mit ihrem Flüchtlings-Deal erpressbar gemacht.

Cora Katzenberger, Puchenau

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at



## Van der Bellens Freunde

Der Freundeskreis von Van der Bellen könnte nicht absurder sein. Ob Junggrüne, ob Gaggerl-Flag-

Neue  
Freie  
Zeitung

## BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.  
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.  
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.  
\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# SPÖ-Grabenkämpfe lähmen Regierungsarbeit

## SPÖ kämpft noch immer mit Nachwehen der Wahlniederlage

In der Wiener SPÖ brodelt seit der Niederlage bei der Gemeinderatswahl 2015 eine Inhalts- und Personaldebatte. Für Stadtpolitik scheinen Bürgermeister Michael Häupl und seine Möchtegern-Nachfolger daher keine Zeit zu haben.

Vom Bürgermeister abwärts scheinen bei den „Stadt-Roten“ momentan alle wie gelähmt, kritisierte der freiheitliche Vizebürgermeister Johann Gudenus: „Die internen Grabenkämpfe beschäftigen die amtsführenden Stadträte scheinbar weit mehr als die realen Sorgen der Wiener.“ Er forderte daher die mit einem hohen Salär ausgestatteten roten Stadträte auf, gefälligst ihrer Arbeit nachzugehen.

### Politisches Baustellenchaos

Schließlich gebe es in Wien Baustellen ohne Ende, um die man sich kümmern müsste, betonte Gudenus.



Die Erbfolgekämpfe der Genossen lähmen die Wiener Stadtpolitik.

Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Schulden, Rekord-Armut, ein Gesundheitssystem vor dem Kollaps, ein Bildungssystem, das an allen Ecken und Enden kracht, seien nur die brennendsten Beispiele. Den Kern der Probleme ortet Gudenus in der Personalpolitik des Bürgermeisters: „Häupls noch vor eineinhalb Jahren vielgelobten ‚Good Weibs‘ versagen auf allen Linien. Gewissenhafte Führung im

Sinne der Bürger wäre es, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und diese Damen nun auszutauschen!“

So könne man eine Millionenstadt wie Wien nicht regieren, kritisierte auch FPÖ-Klubobmann Domink Nepp: „Wenn die SPÖ der Macht zu müde ist, soll sie das Zepter übergeben und Neuwahlen ausrufen, bevor die Bundeshauptstadt endgültig im Chaos versinkt.“

## Bürger gegen Parkpickerl in Favoriten

Am Mittwoch vergangener Woche wurden die Favoritener bei einer Bürgerversammlung im FH Campus Wien über das kommende Parkpickerl informiert. Diese Versammlung von rund 450 interessierten Bürger kam nur deshalb zustande, weil sie von den Favoritener Freiheitlichen beantragt und durchgesetzt wurde.

Und sie kam zustande, obwohl die SPÖ-Bezirksvorstehung nicht willens oder nicht fähig war, alle Favoritener Haushalte zu dieser wichtigen Veranstaltung ordnungsgemäß einzuladen. „Der enorme Andrang hat bewiesen, wie sehr das Thema der Bezirksbevölkerung unter den Nägeln brennt“, stellte

der Bezirksparteiobmann der FPÖ Favoriten, Stefan Berger, fest.

Wenig Begeisterung löste der Andrang allerdings bei SPÖ-Bezirksvorsteherin Hermine Mospöckner aus. Sie verschwand nach einer kurzen Begrüßung von der Bürgerversammlung. „Wer sich so feige vor der eigenen Bevölkerung versteckt, ist rücktrittsreif“, kritisiert FPÖ-Bezirkschef Berger. Seit Februar liege ein FPÖ-Antrag auf eine Bürgerbefragung zum Parkpickerl auf, den die SPÖ nicht zur Abstimmung vorlegen wolle.

Das Parkpickerl soll in Favoriten zeitgleich mit der U1-Verlängerung bis Oberlaa im September 2017 eingeführt werden.



SPÖ-Bezirksvorsteherin flüchtete vor Bürgerprotest in Favoriten.

### WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Vorigen Freitag hat mich ein Freund in den Kursalon mitgenommen, wo die Massenmigration nach Europa Thema war.

Großartige Sprecher vor übervollem Haus waren der ehemalige tschechische Staatspräsident Václav Klaus, dessen Rede man Wort für Wort unterschreiben kann, hierauf der eloquente HC Strache, und dann Norbert Hofer.

### So wahr mir Gott helfe

So was von sympathisch, ehrlich und gleichzeitig humorvoll (zu seinen albernern Kritikern: „Ja, ich hab wirklich zwei Gesichter. Ein freundliches und ein sehr freundliches...“), es war hinreißend.

Ich hab ihn im Stillen mit dem Herrn Bellen verglichen. Dass sich „verstellen“ auf dessen Namen reimt, ist kein Zufall. Und haben Sie schon seine innigen Befürworter gesehen? Allein die berühmte „Tausender“-Ederer! Der nichts weitergebrachte Adabei Fischler! Freilich der Gönner Haselsteiner...

Herr Bellen möchte allerdings Gott nicht „missbrauchen“. Einen Satz des Christian Morgenstern tät ich ihm hiezu gern ins Poesiealbum schreiben:

„Wer Gott aufgibt, der löscht die Sonne aus, um mit einer Laterne weiterzuwandeln.“

Dem Herrn ginge allerdings beim kleinsten Lüfterl sein Laternderl aus. Was tät' er denn dann? Bellen?

STEIERMARK 

## Jugendklausur

Vom 19. bis 20. November fand eine Landesklausur des RFJ-Steiermark in Deutschlandsberg statt. Dabei konnten sich die Jungfreiheitlichen in den Bereichen Rhetorik und Wahlrecht weiterbilden. Es wurden aber nicht nur fachliche Inhalte vermittelt, sondern es wurden den Teilnehmern auch praktische Erfahrungen nähergebracht. „Wir sind die einzige heimat- und wertverbundene politische Jugendorganisation im Land. Es ist wichtig, dass unsere Mitglieder regelmäßig geschult werden“, so RFJ-Landesobmann Stefan Hermann.

OBERÖSTERREICH 

## Jubiläumsgeburtstag

Die FPÖ-Landesgruppe Oberösterreich gratulierte ihrem Landesgeschäftsführer Hubert Schreiner zum 50. Geburtstag.



Hubert Schreiner

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner hob die erfolgreiche Arbeit Schreiners hervor: „Nicht umsonst ist unser Hubert der längst dienende Geschäftsführer aller Parteien in Oberösterreich.“

VORARLBERG 

## FPÖ-Antrag angenommen

Die Verringerung der Zahl der Sozialversicherungsträger ist ein jahrelanges Ziel der Freiheitlichen. Dass es in diesem Bereich dringender Reformen bedarf, um dem Bürger nachhaltig soziale Sicherheit gewähren zu können, ist auch unbestritten. Die Arbeiterkammer Vorarlberg präsentierte kürzlich ein neues Modell zur Reform der Sozialversicherung, welches auf neun Landes-Gesundheits-Servicezentren aufbaut. Nun wurde der FPÖ-Antrag im Vorarlberger Landtag zur Reform der Sozialversicherung angenommen. „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit der notwendigen Vehemenz für eine Reform der österreichischen Sozialversicherung, insbesondere durch Zusammenlegungen von Trägern, einzusetzen“, so FPÖ-Gesundheitssprecher Hubert Kinz.

## Kärntenbesuch bei Freunden auf zwei und vier Füßen

Publikumsmagnet Hofer zog trotz Schlechtwetters die Massen an

**Norbert Hofer auf Tour:** Am Samstag besuchte der FPÖ-Kandidat das südlichste Bundesland Österreichs. Der Zuspruch der Kärntner war groß.

Im Zuge seiner Wahlkampftour war der freiheitliche Kandidat am Samstag im südlichsten Bundesland, nämlich in Kärnten, zu Gast. Neben Kekse-Backen am Klagenfurter Christkindlmarkt stand u.a. ein Besuch beim Tierschutzkompetenzzentrum TIKO in Villach und bei einer Benefizveranstaltung am Pyramidenkogel am Wörthersee am Programm. Mit dabei war auch der italienische Bürgermeister aus Tarvis, Renato Carlanoni, sowie FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann.

## Großer Zuspruch der Bevölkerung

Die Kärntner ließen es sich nicht nehmen, trotz des schlechten Wetters zu den einzelnen Veranstaltungen

KÄRNTEN 

Norbert Hofer zu Besuch am Klagenfurter Christkindlmarkt.

zu kommen, um ihren freiheitlichen Präsidentschaftskandidaten zu treffen.

„Der große Zuspruch aus der Bevölkerung gibt mir sehr viel Motivation und Kraft“, erklärte Norbert Hofer, der sich bei den Veranstaltungen

die Zeit nahm, um mit den Menschen in Kontakt zu treten und Fotos zu machen. Besonders wichtig war Norbert Hofer der Besuch im Tierschutzkompetenzzentrum, da für ihn persönlich der Tierschutz ein wichtiges Anliegen ist.

BURGENLAND 

## „Sichtbar unterwegs!“

Um die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern in der dunklen Jahreszeit zu erhöhen, hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) die Aktion „Sichtbar unterwegs“ ins Leben gerufen. Das Land Burgenland und der Landesschulrat sind als Partner dabei. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz



Die Sicherheit der Jüngsten liegt der FPÖ Burgenland am Herzen.

mit FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz, Sabine Kaulich vom KfV und Landesschulinspektor Erwin Deutsch wurde die Aktion am vergangenen Freitag vorgestellt.

„Das Risiko für Verkehrsunfälle steigt zwischen November und Februar aufgrund schlechter Witterungs- und Sichtverhältnisse stark an. Die Dämmerung kann für Fußgänger zur tödlichen Gefahr werden“, warnte Tschürtz. Besorgniserregend seien zudem die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung, dass im Burgenland 6 von 10 Kindern zu dunkel gekleidet sind. Darum wurde allen dringend ans Herz gelegt, sich sichtbarer zu kleiden und Reflektoren zu tragen. Noch für den Herbst kündigte Tschürtz eine weitere Aktion zu diesem Thema an. So sollen die seit heuer tätigen Sicherheitsbeauftragten im Zuge ihrer Tätigkeit in den Gemeinden Prospekte und reflektierende Materialien an Passanten verteilen.

TIROL 

Foto: NFZ

## Ungebildete Asylberechtigte

Eine Anfrage von FPÖ-Abgeordnetem Peter Wurm an das Sozialministerium brachte nun die Zahlen betreffend Berufsqualifikation von Asylberechtigten in Tirol ans Licht: 385 der 460 Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in Tirol verfügen über höchstens Pflichtschulabschluss. 27 Personen haben eine ungeklärte Ausbildung, 15 Personen verfügen über eine akademische Ausbildung. „Sozialminister Stöger musste nun den Wahrheitsbeweis antreten und belegt damit jene Befürchtung, auf die die FPÖ und ich bereits von Anfang an hingewiesen haben“, so Wurm.

STEIERMARK 



Foto: Daniel Kraft / Wikimedia Commons

„Die Volksschule Hieflau steht, wie acht weitere Standorte, auf der „roten Liste“ der Landesregierung.“

# Rot-schwarzer Sparstift trifft neun weitere Schulen

## FPÖ erteilt „Aushungerungspolitik“ des ländlichen Raums eine Absage

**FPÖ-Bildungssprecher Hannes Amesbauer entlockte in einer Anfrage an SPÖ-Landesrätin Ursula Lackner die neuesten Pläne der „Zusperrpolitik“.**

„Es ist geradezu ein Hohn, dass sich die rot-schwarze Landesregierung selbst als ‚Zukunftspartnerschaft‘ bezeichnet und jetzt Schule um Schule in der Steiermark zusperrt“, empörte sich der freiheitliche Bildungssprecher Hannes Amesbauer über die Beantwortung seiner Anfrage an die steirische SPÖ-Bildungslandesrätin Ursula Lackner, welche Schulstandorte

im ländlichen Raum denn noch von Schließung bedroht seien.

**Regionen stärken, nicht schwächen**

Aus der Anfragebeantwortung ging hervor, dass die Volksschulen in Modriach, Hieflau, Wildalpen, St. Nikolai im Sölketal, Etmühl, Laßnitz bei Murau, St. Blasen, Rachau, Frannach, Falkenstein, Neudau, Neudorf bei Passail, St. Johann am Tauern und Aufragen nicht mehr die erforderlichen Mindestschülerzahlen aufweisen können. Auf die Nachfrage, welche Standorte definitiv nicht geschlossen werden, zählte die SPÖ-Landesrätin nur

die Schulen Modriach, Wildalpen, St. Nikolai im Sölketal, Stadl an der Mur und Großsteinbach auf.

Darüber hinaus hätten die betroffenen Gemeinderäte die Auflösung der Volksschulen in Hieflau sowie in Rachau beschlossen. Nur der Ausbau der „Neuen Mittelschule“ wird in Stadl an der Mur und Großsteinbach von der Landesregierung fortgesetzt.

„Anstatt permanent Schulen zu schließen und den Menschen im ländlichen Raum die Lebensgrundlage zu entziehen, braucht es Maßnahmen, um die Regionen nachhaltig zu stärken“, forderte Amesbauer.

## „Keine falsche Toleranz!“

Über 200 Interessierte nahmen vergangene Woche an dem von den FPÖ-Bezirksgruppen Gmunden und Vöcklabruck veranstalteten Vortrag von Laila Mirzo zum Thema „Der Islam – friedliche Religion oder gefährliche Ideologie“ teil.

Im „Alfa Steyermühl“ präsentierte die 38-jährige Deutsch-Sylerin ihre persönliche Erfahrung und ihren Weg nach Europa sowie die aktuelle Lage in ihrem ehemaligen Heimatland Syrien. Die Mutter von zwei Kindern, die derzeit in Linz lebt, präsentierte ihre Sichtweise

und die Auslegung des Islams sowie die Folgen für Europa durch die Unterwanderung mit Fundamentalisten und die falsch verstandene Toleranz in Europa: „Toleranz ist gut, aber nicht gegenüber den Intoleranten!“

Die Veranstaltung war dann auch von einem regen Austausch von Erfahrungen und persönlichen Empfindungen geprägt. Der Aufruf, angesichts der 40 Prozent konservativer Moslems in Österreich gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, fand besonderen Applaus.

OBERÖSTERREICH 



Laila Mirzo mit den veranstaltenden FPÖ-Bezirkschef Adalbert Cramer (l.) und Rudolf Kroiss.



**Mario Kunasek**  
FPÖ-Landesparteiobmann Steiermark

Das Schächten, also die rituelle Tötung von Tieren durch einen Kehlschnitt, kann nur als grausame Todesfolter bezeichnet werden, die in einer zivilisierten Gesellschaft keinen Platz hat. Es wäre fatal, diese barbarische Methode der Schlachtung unter dem Deckmantel der freien Religionsausübung zuzulassen.

## Nein zum Schächten

Tierschutz hat alle Lebensbereiche zu umfassen. Ansonsten ist er einer inakzeptablen Situationsethik unterworfen, lückenhaft, unglaubwürdig und unehrlich.

Im Sinne eines ernstgemeinten Tierschutzes darf es in dieser Frage keine Sonderrechte für bestimmte Weltanschauungen, egal ob politischer oder religiös motivierter Ursprünge, geben.

Die freiheitliche Kampagne ist nicht nur ein klares Bekenntnis gegen unnötiges Tierleid, sondern auch zu unseren heimischen Werten. Wenn wir zulassen, dass Sitten und Bräuche in unserem Heimatland um sich greifen, die mit unserer Werteordnung nicht vereinbar sind, geben wir uns schlussendlich selbst auf.

Es sind erneut wieder nur die Freiheitlichen, die als einzige politische Kraft diesen Fehlentwicklungen mit aller Entschlossenheit entgegengetreten.

Unsere Funktionäre sammeln landesweit Unterschriften, unsere Gemeinderäte stellen Dringlichkeitsanträge, um Resolutionen an die Landesregierung sicherzustellen, und unsere Abgeordneten machen sich auf Bundes- und Landesebene für ein Schächtverbot stark.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für den Tierschutz und für den Erhalt unserer Heimat!

GEZWITSCHER



1000101

@Untergeher83



Hofer: Menschen, die „Gott ist groß“ schreien = Problem  
Hofer: plakatiert „So wahr mir Gott helfe“ = leiwand. 20.11.16 12:11

Mit dem Ruf „Gott ist groß!“ wurden 2015 in den westeuropäischen Ländern 577 Menschen von islamistischen Terroristen getötet. Das ist der Unterschied!

Rudi Fußi

@rudifussi



Die Umfrage zeigt: #puls4 hat halt ein merkwürdiges Publikum. #bpw16. 20.11.16 13:12

Da sitzt einer nach Brexit-Votum und US-Wahl noch immer ganz fest in der links-grün-elitären Blase, und verspottet die „Restösterreicher“.

GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

21.11.2016

Jeder von uns ist ein Teil vom Ganzen. Umso wichtiger ist ein respektvolles Miteinander, denn alle zusammen sind wir Österreich.



445.277 Aufrufe



HC Strache

21.11.2016

Van der Bellen will sich nicht mehr erinnern können, ob er 1978 für oder gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf gestimmt hat.



109.764 Aufrufe

Nicht die erste Erinnerungslücke des „unabhängigen“ Kandidaten zu einem Standpunkt, der nicht in das Schema seiner grünen und linken Unterstützer passt.

# Experten orten „schmutzigen Wahlkampf“ in sozialen Medien

## Klare Parteinahmen der Medien heizen Stimmung im Land an

**D**er Präsidentschafts-Wahlkampf ist laut Medien- und Politexperten durchaus „schmutzig“ – besonders in den sozialen Medien eskaliert die Stimmung.

Während sich die beiden Präsidentschaftsandidaten derzeit aus Untergriffigkeiten herauszuhalten versuchten, dienten die sozialen Netzwerke als „Brandbeschleuniger“, doziert etwa der Politikberater Thomas Hofer. „Das wirklich Schmutzige ist verlagert worden auf die Stellvertreterebene“, sekundiert ihm der Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer.

### Aufgeheizte Stimmungslage

Als „schmutzigsten Wahlkampf aller Zeiten“ will Bachmayer den derzeitigen aber nicht bezeichnen.



Die Tiefschläge werden sich (weiterhin) vor allem auf den Social Media Kanälen abspielen.

Für Social Media-Expertin Judith Denkmayr ist es schon durch die Länge des Wahlkampfes bedingt, dass es zur einen oder anderen Untergriffigkeit kommt. Sie sieht diese aber nicht unbedingt in den sozialen Netzwerken verwur-

zelt: „Mittlerweile haben sich viele Menschen klar deklariert, auch die Medien beziehen teils klar Stellung. Das hat insgesamt zu einem zugespitzten Meinungskampf geführt, was sich natürlich über Social Media auch entlädt.“ FPÖ-Wahlleiter Herbert Kickl sprach daher auch von einer „inszenierten Empörung“ im grünen Lager.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

Der Bundespräsidentenwahlkampf dominierte in den letzten Tagen die TV-Berichterstattung. Dabei wurde der Unterschied zwischen Propaganda und Information deutlich sichtbar.

„Puls4“ bot am Sonntag Alexander Van der Bellen be-



reits viel Raum für Untergriffe gegen Norbert Hofer, dennoch gewann der FPÖ-Kandidat die Diskussion in der Publikumswertung deutlich. Darauf legte Corinna Milborn im Einzelinterview am Montag noch einmal nach und versuchte über das gesamte Gespräch, Hofer in ein rechtes Eck zu drängen.



Während darüber nur Linke jubilierten, profitierten von den sehr informativen Interviews von Susanne Schnabl im ORF-„Report“ alle Wähler, ganz besonders auch unentschlossene. Ein seltenes Lob für den diesmal objektiven ORF.

## FPÖ TV

### Top-Themen der Woche im FPÖ-TV-Magazin:

- 10 Jahre Klubobmann HC Strache
- Präsidentsduell bei Puls4
- Norbert Hofer hat ein Herz für Tiere



Petra Steger

# Italienische Opern auf mährischen Bühnen

## „Anna Bolena“ und „Tosca“ reüssieren in Mährisch-Ostau und Brünn

In Mährisch-Ostau wird am dortigen Antonin Dvorak-Theater Donizettis „Anna Bolena“ aufgeführt. Für ein Haus dieser Größenordnung ist ein derartiges Werk eine Herausforderung, die in Ehren bestanden wurde. Regisseur Ivan Krejci hatte es in Milan Davids raumeinengenenden Bühnenbild nicht leicht. Dirigent Jakub Zidek legte sich mit Feuereifer ins Zeug.



Michaela Kapustová glänzt als „Jean Seymour“ in „Anna Bolena“.

Die Titelrolle war mit Agnieszka Bochenek-Osiecka zufriedenstellend besetzt, Die Damen Michaela Kapustová (Jean Seymour) und Anna Nitrová (Page Smeton) „räumten“ aber mehr ab. Trotz einer angekündigten Indisposition überzeugte David Szendiuch als Heinrich VIII. In der absolut nicht leichten Tenorrolle des Lord Richard Percy stand Luciano Mastro als einziger Italiener auf der Bühne und glänzte besonders im zweiten Teil. Die Produktion aus dem Jahre 2013 fand viel Beifall und wurde immerhin 21mal aufgeführt.

### Erbauung von Körper und Seele

Das Nationaltheater Brünn hat seit dem Vorjahr eine Neuproduktion von Puccinis „Tosca“ im Repertoire, wobei der Clou darin besteht, daß Toscas Schicksal mit dem der Diva Maria Callas verknüpft wird. Diese Idee von Regisseur Jiri Herman schlug voll ein und brachte zusätzliche Spannung in die ohnehin nervenaufreibende Handlung. Die abstrahierten Bühnenbilder von Pavel Svoboda trugen zusätzlich zum Ge-



Maida Hundeling in der gelungenen Brünner „Tosca“-Inszenierung.

lingen der Sache bei. Die Kostüme von Alexandra Grusková fixierten die Gegenwart als Faktum. Dirigent Ondrej Olos sorgte mit Dynamik für totale Hingabe ans Geschehen.

In der Titelrolle sorgte die aus Tunesien gebürtige und in Wien ausgebildete Maida Hundeling für Aufsehen. Das Programmheft weist drei Möglichkeiten der Besetzung des Cavaradossi aus. Gesungen hat aber ein vierter, nämlich der Däne Magnus Vigilius – und das mit Anstand.

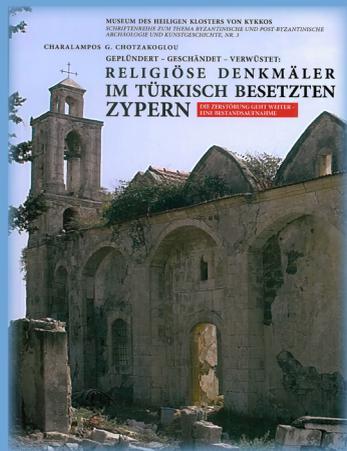
Eine Sensation ist allerdings Jiri Sulzenko, der als Scarpia eine Weltklasseleistung abliefern. Unglaublich auch die schon über 85 Jahre alte tschechische Opernlegende Richard Novák als Mesner.

Das international durchgesetzte Publikum tat seine Begeisterung im ausverkauften Haus lautstark kund und dies absolut zurecht, zumal diese „Tosca“-Produktion zu einer Sternstunde der Oper wurde.

wise

+++ BÜCHERSERVICE +++ BÜCHERSERVICE +++ BÜCHERSERVICE +++ BÜCHERSERVICE +++

www.fpoe-bildungsinstitut.at



## Religiöse Denkmäler im türkisch besetzten Zypern

### Die Zerstörung geht weiter – eine Bestandsaufnahme

Das Buch des Byzantinisten, Univ.-Prof. Dr. Charalampos Chotzakoglou, stellt derzeit die präziseste und am neuesten Stand befindliche Darstellung der Zerstörung von religiösen Kulturdenkmälern im türkisch besetzten Nordteil Zyperns dar.

In seinem Buch, das das FPÖ-Bildungsinstitut ins

Deutsche übersetzen ließ, belegt der Autor auf eindrucksvolle Weise die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Projekts mit Bildmaterial und Quellen, gleichzeitig analysiert er die Politik, die das türkische Regime gegenüber Nichtmuslimen in den okkupierten Gebieten Zyperns verfolgt.

Gratis zu beziehen über das:  
FPÖ-Bildungsinstitut  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a  
1080 Wien

Tel.: +43-1-512 35 35-36  
E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

**FPÖ**  
BILDUNGSINSTITUT



**FÜR ÖSTERREICH  
MIT HERZ UND SEELE**

[WWW.NORBERTHOFER.AT](http://WWW.NORBERTHOFER.AT)

**„ATV Meine Wahl -  
Das Duell“ auf ATV**

Sonntag, 27. November 2016, 20.15 Uhr

**„Wahl 16:  
Das Duell“ auf ORF 2**

Donnerstag, 1. Dezember, 20.15 Uhr

AM 4. DEZEMBER:

**NORBERT ~~H~~OFER BUNDESPRÄSIDENT**